

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Amthliches Organ der Amts- und Gemeinde-Vorstände von Laurahütte und Siemianowitz.  
Einzige amtliche und gelesenste Tageszeitung von Laurahütte und Siemianowitz.

Geschäftsstelle: Laurahütte-Siemianowitz, Schloßstraße 1, gegenüber der Pfarrkirche. :: Fernsprecher Nr. 501.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet vierteljährlich frei ins Haus 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. Bei Abholung von unserer Geschäftsstelle vierteljährlich 11,00 Mk., monatlich 3,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 12,00 ohne Bestellgeld.

Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen und kostet die siebengesparte Kleinzeile oder deren Raum 60 Pfg., auswärtige Anzeigen die Zeile 90 Pfg. Größere Anzeigen nach Vereinbarung. — Bei gerichtlicher Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen. — Kleine Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Reklamazeile 2,00 Mk.

Nr. 264

Laurahütte-Siemianowitz Dienstag, den 23. November 1920

38. Jahrgang

## Dom Tage.

### Ein politischer Mord an Theofil Kupla.

Beuthen, 20. November. WTB. meldet: Heute Nachmittag 5 1/2 Uhr erschienen in der Wohnung von Theofil Kupla, dem Herausgeber der „Wola Ludu“ (Der Wille des Volkes), des bis vor einiger Zeit Mitarbeiter Korsantys im Hotel Romantys war, zwei Personen, die nach Beschäftigung fragten. Kupla, der an der Wohnungstür zunächst ihre Namen verzeichnen wollte, erhielt 4 Schüsse, die seinen Tod herbeiführten. Der Mord an Kupla ist offenbar hochpolitischer Natur und geeignet, mit einem Schläge die Situation in Oberschlesien zu belächeln. Eine amtliche Auslassung über die Vorgänge sieht zur Zeit noch aus. Bereits seit Tagen wurde Kupla von verschiedenen Seiten durch allerlei Anfragen nachgeforscht, sodaß festzustellen scheint, daß seine Befreiung von langer Hand geplant war.

Beuthen, 20. November. Auf Grund der amtlichen Untersuchung ist über die Vorgänge bei der Ermordung Kuplas bis jetzt folgendes festgestellt worden: Heute Nachmittag 5 1/2 Uhr erschienen 2 Personen, von denen die eine einen Schal um den Kopf trug, an der Wohnungstür Kuplas und verlangten nach Kupla. Ein Sohn des Ermordeten, der die Tür öffnete, holte die Schwägerin aus und auf Drängen Kupla selbst. Als dieser erschien, brachten die beiden Unbekannten den Wunsch nach Arbeit vor. Während Kupla ihre Namen auf einen Block notierte, fielen vier Schüsse, die Kupla sofort niederstreckten. Ein Schuß traf ihn in den Kopf, ein zweiter Schuß in den Hals, ein dritter in die Brust des Opfers und ein vierter verschlehte sein Ziel. Kupla erhielt schon seit einigen Tagen eine große Zahl Drohbriefe und ist ungewisselhaft seit längerer Zeit verfolgt worden. Der Tod Kuplas ist insofern besonders tragisch, als die Familie gestern noch Zuwachs erhalten hat und fünf Kinder ihren Vater verlieren.

Hierzu wird von anderer Seite berichtet:

Kupla war in seiner Wohnung, Beuthen, Donnersmarktstraße 9, bei seiner vorgestern niedergelassenen Frau. Die Glocke im Entree schlug an Seine Schwägerin öffnete und übermittelte an ihren Schwager den Wunsch, daß 2 Mann vor sprechen wollten. Kupla erschien und die beiden Unbekannten baten um Beschäftigung. Kupla ging in seine Wohnung, lehrte mit einem Block zurück, um die Namen der Arbeitssuchenden zu notieren. Dabei trachten 4 Schüsse, durch Kopf, Brust und Herz getroffen, sank Kupla zusammen, brachte noch einzelne Worte heraus und war in wenigen Minuten tot. Kuplas Tätigkeit, die im polnischen Lager sehr unangenehm empfunden wurde, läßt annehmen, daß es sich hier um einen von bestimmter Seite vorbereiteten Mord handelt. Kupla, der dem Bergmannsbereise angehörte, war etwa sechs Monate im polnischen Plebiszitkommissariat bei Korsantys tätig. Die Erfahrungen in diesem Kommissariat veranlaßten ihn, Widerspruch zu erheben, der ihn schließlich erzielte. Er entfaltete nun eine Tätigkeit gegen Korsantys, Dr. Diamant und die weiteren, wie er sie in seinen Flugblättern nannte, „Schlachthäuser“. Er gründete ein ober-schlesisches Plebiszitkomitee und gab seit 3 Wochen die Wochenzeitung „Wola Ludu“ (Wille des Volkes) heraus. Ein geplantes ober-schlesisches Plebiszitkommissariat sollte für nachfolgende Ziele eintreten:

1. Oberschlesien den Oberschleslern,
2. Anschlußmachung aller Länder,
3. völlige Selbstständigkeit Oberschlesiens,
4. Einsetzung von Prüfungskommissionen, die feststellen sollten, welches von den beiden Ländern, Polen und Deutschland, kulturell oder wirtschaftlich höher steht,
5. Anschluß des selbständig gewordenen Staates Oberschlesien an das wirtschaftlich und kulturell höherstehende Land.

### Der Abstimmungstag.

Breslau, 20. November. Die Schlesiensche Zeitung veröffentlicht folgende Meldung ihres Pariser Sonderberichterstatters:

Wie aus formeller Quelle verlautet, ist nunmehr als Tag der Abstimmung in Oberschlesien der 17. Januar 1921 festgesetzt worden. Etwa 10 Tage vorher soll bereits die Absperzung des ganzen Abstimmungsgebietes einsetzen.

### Deutsch-polnische Sozialdemokratie für Abstimmungsfreiheit.

WTB. Berlin, 22. November. Unter dem Vorsitz von Camille Huysmans fand am 20. November in Berlin eine Konferenz der deutschen und der polnischen Sozialdemokraten statt, in der laut „Vorwärts“ beschlossen wurde, in der Abstimmungspropaganda alle nationalförmlichen verhegenden Argumente anzuführen. Die deutschen und die polni-

schen Sozialdemokraten werden alle Gewalt- und Verfallsungsmittel, sowie alle wirtschaftlichen Druckmittel auf entschiedenste bekämpfen und für die völlige Abstimmungsfreiheit eintreten. Eine Kommission aus je drei deutschen und polnischen Sozialdemokraten soll alle Uebergriffe der Angehörigen beider Parteien beseitigen.

### Legitimationskarten für Oberschlesien.

Dppeln, 20. November. Durch eine Verordnung der Interalliierten Kommission wird für die Bewohner Oberschlesiens beiderlei Geschlechts, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, eine Legitimationskarte eingeführt. Jeder Bewohner Oberschlesiens ist verpflichtet, sich von der Ortsbehörde seines Wohnortes eine Legitimationskarte nach dem von der Interalliierten Kommission gegebenen Muster ausstellen zu lassen. Die Ausstellung dieser Legitimationskarte erfolgt kostenfrei unter Verantwortung der betreffenden Ortsbehörde in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember d. Js. Diejenigen Personen, welche das 16. Lebensjahr erreicht haben, aber seit dem 31. Juli 1919 nicht ständig im Gebiete Oberschlesiens wohnten, wird eine Legitimationskarte nur dann ausgestellt, wenn die Ortsbehörde ihres Bestandes dazu ermächtigt ist, nachdem die Ansicht der beratenden Kommission eingeholt worden war. In jedem Kreise wird eine beratende Kommission errichtet, welche sich aus dem im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet geborenen Bewohnern dieses Gebietes zusammensetzt, und deren Mitglieder zu gleichen Teilen der polnischen und der deutschen Nationalität angehören. Diese beratende Kommission wird auf Antrag des zuständigen Ortsbehörden ihre Ansicht aussprechen über die Ausstellung der Legitimationskarte. Der Kreiscontroller wird den Beratungen dieser Kommission als Vertreter der Interalliierten Kommission beiwohnen. In Ausführung des Artikels 88, Anlage des § 3 des Versailler Vertrages vom 26. 6. 1919 wird die Interalliierte Kommission über die hier unterbreiteten Fälle derjenigen Personen entscheiden, deren nach Ansicht der ernannten Kommission eine Legitimationskarte nicht auszustellen ist. Jede Person, der diese Legitimationskarte verweigert wird, hat das Abstimmungsgebiet innerhalb 14 Tagen zu verlassen, von dem Tage an gerechnet, an welchem die ablehnende Entscheidung der betreffenden Person bekannt gegeben worden ist. Der Inhaber der Legitimationskarte ist verpflichtet, der Zivil- oder Militärbehörde diese vorzuzeigen.

WTB. Dppeln, 21. November. Die Verordnung über die Einführung von Legitimationskarten bestraft jeden, der den Zivil- und Militärbehörden nicht seine eigene, sondern eine fremde Karte vorzeigt, oder wer seine Karte einem dritten überläßt mit Gefängnis von einer Woche bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe von 100—150 Mark. Mit Gefängnis von 3 Monate bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von 1000—1500 Mark werden diejenigen bestraft, welche den Vorschriften über die Anwesenheit in Oberschlesien seit dem 31. Juli 1919 widersprechen. Die Karte erscheint für die im Abstimmungsgebiet geborenen und wohnhaften Personen in rot, für die nicht hier geborenen, aber wohnhaften Personen in grün und enthält Angaben über Alter und Größe, Unterschrift und Adresse des Inhabers usw.

### Schulbeiräte in Oberschlesien.

Dppeln, 22. November. Das letzte Amtsblatt für Oberschlesien veröffentlicht eine Verordnung über Aenderung der Titel der technischen Berater für den Unterricht in polnischer Sprache vom 30. Oktober 1920. In dieser Verordnung heißt es: Diese technischen Berater werden von der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission ernannt und führen folgende Titel:

- Oberregierungsbeirat bei der Schulabteilung der Regierung für das Gebiet Oberschlesiens,
- Kreisbeirat bei jedem Kreis-Schulinspektionsbezirk,
- Seminarbeirat bei jedem Lehrer- oder Lehrerinnen-Seminar.

Sie unterstehen dem Chef des Unterrichtswesens beim Departement des Innern in derselben Weise, wie alle Beamten des Beherrenstandes, die ihren Dienst in Oberschlesien ausüben. Die Tätigkeit dieser technischen Berater ist grundsätzlich unentgeltlich.

### Das Ueberschichtenabkommen in Oberschlesien.

WTB. Rattowitz, 21. November. Nochmalige Verhandlungen über das Ueberschichtenabkommen im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau haben zu einer Einigung geführt, sodaß das Abkommen in den Grundzügen bis zur Unterzeichnung fertiggestellt worden ist.

In weiteren Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und der Besatzungsbehörde

wurde in der Verteilung der in den Ueberschichten geförderten Kohle für die Tschechoslowakei und Deutschland ein Modus dahin vereinbart, daß ein Drittel der Kohle (höchstens 50 000 Tonnen monatlich) der Tschechoslowakei, die übrigen zwei Drittel der Ueberschichtkohlen Deutschland zu gute kommen sollen.

Die interalliierte Behörde wird diesem Modus wahrscheinlich ihre Genehmigung erteilen.

Sehr schwierig sind die Verhandlungen über die Frage der Fettzulage an die Arbeiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen auf dem Standpunkte, daß die Kosten der Verbilligung des Fettes von der deutschen Regierung getragen werden sollen, als Vergütung für die Deutschland zukommenden Ueberschichtkohlen.

Eine Vereinfachung der Abstimmung, wie sie von der interalliierten Behörde durch diesen Modus befürwortet wird, können die ober-schlesischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darin nicht erblicken, weil die ober-schlesischen Bergarbeiter nur das erhielten, was die westfälischen Bergarbeiter bereits erhalten.

Auch die polnische Organisation ist mit der Beschaffung des Fettes durch das deutsche Reich einverstanden mit der Begründung, daß Deutschland die Ueberschichtkohle, die ihm zu gute kommen soll, auch begleichen müsse. Die interalliierte Kommission lehnt diesen Standpunkt vorläufig noch ab, so daß das Ueberschichtenabkommen noch nicht endgültig abgeschlossen werden konnte. Eine endgültige Aenderung der interalliierten Kommission hierzu ist in der nächsten Zeit zu erwarten.

### Aufgehobene Verordnung.

WTB. Beuthen, 22. November. Aufgehoben wird nach einer Verordnung vom 28. Oktober die Anwendung des preussischen Gesetzes vom 30. März 1920, nach welchem die Gemeinderäte sowie sämtliche Dienststellen des öffentlichen Rechtes verpflichtet werden, freiwerdende Stellen mit Beamten zu besetzen, die aus abgetretenen Teilen Preußens stammen.

### Ueberschlag auf „Heimattreue“.

WTB. Lublitz, 21. November. In Kallina, Kreis Lublitz fand gestern eine vom Verband „Heimattreuer Oberschlesier“ veranstaltete Theater-Aufführung statt. Nach Schluß der Vorstellung wurde ein Schuß in den Saal abgegeben, der ein Mädchen am Bein verletzte. Später wurde eine Handgranate in den Saal geworfen, wodurch etwa 15 Personen teils schwer, teils leichter verletzt wurden.

### Zur Sicherung der Getreideversorgung.

Berlin. Die Reichsgetreidestelle hat bis Mitte November, also in den ersten drei Monaten dieses Wirtschaftsjahres, eine Million Tonnen Auslandsgetreide aufgekauft. Damit ist die Hälfte des für die Brotversorgung dieses Wirtschaftsjahres benötigten Auslandsgetreides bereits gesichert.

### Die Abfindungsfrage in Gotha.

Jena. Die Gothaer Regierung hatte gegen das Urteil des Landgerichts Meiningen in der Sache des ehemaligen Herzogs gegen den Staat Gotha wegen Enteignung des herzoglichen Vermögens, wonach der Streitfall auf dem Rechtswege zum Austrag zu bringen sei, beim Thüringischen Oberlandesgericht in Jena Berufung eingelegt. Das Senaer Gericht hat die Berufung verworfen.

### Die Finanzen des Völkerbundes.

Genf. Die Kommission, die sich mit der Organisation des Sekretariats und mit den Finanzen des Völkerbundes beschäftigt hat, stellte die Forderung auf, daß in der Verwaltung des Völkerbundes die strengste Sparsamkeit Platz greifen müsse, und beschloß ferner, daß alle Nationen des Völkerbundes im Sekretariat vertreten sein sollen. Die vierte Kommission beschloß, behufs Verteilung der Kosten des Völkerbundes auf die Staaten ein Gutachten des in Madrids tagenden Weltvölkervereins einzuholen.

### Lord George und Deutschland.

London. Lord George erklärte im Unterhause auf die Anfrage, ob eine Versicherung abgegeben werden könne, daß, wenn Deutschland einen Antrag auf Zulassung zum Völkerverbund stelle, die britische Vertreter diesen Antrag unterstützen würden, die britische Regierung wisse nichts davon, daß ein solcher Antrag an sie gerichtet würde.

### Absetzung des Erzbischofs von Athen.

Athen. Erzbischof Meletios von Athen soll abgesetzt und durch Theodoros ersetzt worden sein, welcher, wie bekannt, Meletios mit Kirchenbann belegt hatte. Es wird berichtet, daß die Regierung das Bildnis König Konstantins in den Ministerien und in den Audienzsalen der Gerichte habe aufhängen lassen. In der Befegung von Beamtenstellen sollen zahlreiche und wichtige Veränderungen vorgenommen worden sein.

### Sursseigerung älterer Reichsanleihe.

Berlin. Eine bemerkenswerte Kurssteigerung unserer 3%igen Reichsanleihe trat an der hiesigen Freitag-Börse ein. Der Kurs hob sich um etwa 4% auf etwa 70%. Man sprach davon, daß das Ausland, namentlich Amerika, als Käufer am Markt war. Die Umsätze betragen Millionen Mark. Auch die Anleihen der deutschen Bundesstaaten, in

Genen in der letzten Zeit empfindliche Kursrückgänge festgestellt hatten, waren erholte, im Rahmen von etwa 1/2 bis 1 1/2 %.

#### Wieder Postzensur im Rheinland.

**Koblenz.** Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Postzensur im besetzten Gebiet wieder eingeführt. Die Zensur soll durch Stichproben und Öffnung verdächtiger Briefschaften ausgeübt werden. Einer besonders scharfen Überwachung sollen die Briefe nach dem Ausland unterliegen.

#### Die Feindschaft gegen König Konstantin.

**Paris.** Der griechischen Regierung soll eine Note Frankreichs und Englands des Inhalts zugefickt werden, daß diese Länder die Rückkehr König Konstantins als eine feindselige Haltung betrachten würden.

#### Sowjetoffensive gegen die Ukraine.

**Moskau.** Lenin erklärte, daß, nachdem der Feldzug gegen Wrangel nunmehr beendet sei, jetzt eine neue Offensive gegen Bessarabien und die Ukraine beginnen werde. Die Rote Armee sei bereits auf dem Marsch dorthin.

#### Verschiedene Meldungen.

**London.** Die englische Regierung hat eine Note Tschitscherins erhalten, aus der hervorgeht, daß sämtliche englische Gefangenen in Rußland auf freien Fuß gesetzt werden sind.

**London.** Wie das Reutersche Bureau aus Delhi meldet, wurde ein der Kohatbrigade zugehöriger Oberstabsarzt von Eingeborenen in seinem Bungalow erschossen und seine Frau schwer verwundet.

**London.** Die Militärwache eines Flugplatzes in der Nähe von Bimmerick wurde nachts angegriffen. Der Angriff wurde abgeschlagen. Ein Soldat wurde getötet, ein anderer verwundet.

**Berlin.** Der Reichsminister des Innern hat der Technischen Hochschule den Dank der Regierung für ihr Eingreifen im Berliner Elektrizitätsstreit ausgesprochen.

**Paris.** Der französische Geschäftsträger bei Wrangel, de Marcel, ist mit dem französischen Admiral Dumesnil aus der Krim in Konstantinopel eingetroffen.

**London.** Das englische Kabinett hat das Handelsabkommen mit Rußland angenommen.

## Die Wendung in Griechenland

„Alles fliekt“ — in diesen zwei Worten faßt ein Welser des griechischen Altertums die Erfahrungen eines reichen Menschenlebens zusammen. Das Griechenland von heute liefert wieder einmal eine schlagende Illustration für die Treffsicherheit vieltausendjähriger philosophischer Erkenntnis.

Als König Konstantin vor den Intrigen der Entente den angestammten Thron räumen und sein Land verlassen mußte, hat er sich zwar wohl gehütet, auf die Krone in unbedingter Form und für alle Zeiten zu verzichten. Aber der unbegrenzte Sieg unserer Gegner schien auch ihn, den Schwager des ehemaligen Deutschen Kaisers, ein für allemal seiner Würde beraubt zu haben. Zwei Jahre sind darüber ins Land gegangen, und schon stehen wir abermals vor einer völlig veränderten Situation. Benizelos, der Mehrerer des Reiches, hat den Staub seines Vaterlandes von den Füßen geschüttelt und an Bord einer Yacht, von englischen Kriegsschiffen begleitet, die Fahrt nach Nizza angetreten. Sinegemäß hätte zu gleicher Zeit König Konstantin den schönen Schweizer Bergen Valet sagen und die Rückkehr nach Athen antreten müssen. Ganz so weit ist es allerdings noch nicht. Einstweilen hat sich in Griechenland ein neues Kabinett unter dem Vorsteher von Rhalis gebildet, der schon vor dem Umsturz der Dynastie wiederholt wertvolle Dienste geleistet hatte. Seine erste Amtshandlung bestand in der Ableitung des Eides in die Hand des noch von Benizelos eingekerkerten Regenten, seine zweite darin, daß er den Rücktritt eben dieses Regenten forderte. Dessen Platz wird von der Königin Olga eingenommen, der verwitweten Mutter des Königs Konstantin. Ihr erst werden dann auch die anderen Kabinettsmitglieder den Eid der Treue leisten. Wohin der weitere Weg also führen soll, läßt sich danach unschwer erkennen. „Unser Programm“, erklärte Rhalis einem Berichterstatter, „ist die Wiederherstellung der Ordnung und Freiheit. Keine Wiederherstellung für die unendlichen Leiden, die das Regime Benizelos' vielen tausenden auferlegt hat. Die großartige Wahlkundgebung ist der Protest wider diejenigen, die unter der Maske der Freiheit das Volk tyrannisierten und der Willkür anderer Nationen auslieferten. Mit ihrem einmütigen Votum hat die Nation sich für die Rückkehr Konstantins ausgesprochen. Immerhin wird die Frage noch in engerer

Form dem Volke vorgelegt werden.“ Natürlich vernachlässigen die neuen Herren, daß sie in der Richtung der auswärtigen Politik keine Änderung vornehmen wollen; doch werde die Armee wie bisher ihre Pflicht tun. Das nächste Wort wird wohl die Kammer zu sprechen haben, sie dürfte sich vorüberleitend entschließen, ebenso in acht nehmen, wie es die neuen Kabinettsmitglieder zu tun gewillt scheinen.

In London und Paris hat man sich unterdessen von der ersten Bestürzung über die Nachrichten aus Griechenland etwas erholt. Schwankte man zunächst zwischen Säbelgerassel und Gezeter, so hat man jetzt die staatsmännliche Haltung wiedergefunden, die sich für die Weltbeherrschung geziemt. Die „Times“ meint in einem Anfall von Großmut, die Alliierten würden es vielleicht nicht für ratsam halten, Konstantins Rückkehr durch physische Kraft zu verhindern. Seine Abdankung sei und bleibe jedoch für sie endgültig. Und eine anscheinend offiziöse Savasnote teilt mit, daß zwischen London und Paris Besprechungen im Gange seien hinsichtlich der Haltung, welche die beiden Regierungen gegenüber Griechenland einzunehmen gedenken. Die beiden Mächte würden wahrscheinlich eine gemeinsame Richtlinie festlegen und unter Umständen eine gemeinsame Erklärung abgeben. Man scheint sowohl in Paris wie in London entschlossen zu sein, der Rückkehr Konstantins auf den griechischen Thron ein formelles Veto entgegenzusetzen. Die Wahl des Kronprinzen Georg würde möglicherweise weniger Einwände hervorrufen, dürfte jedoch ohne ernsthafte Garantien kaum angenommen werden. Ein Wink mit dem Zaunpfehl also, der in Griechenland sicherlich richtig verstanden werden wird. Nur fragt es sich, ob die Hellenen nicht auch ihrerseits mancherlei zugeleitet haben in der Zeit, seitdem Engländer und Franzosen für sich das ausschließliche Recht in Anspruch nehmen, das Schicksal Europas zu bestimmen.

## Bersärfte Bestrafung des Schleichhandels.

Zuchthaus bis zu 15 Jahren.

Der Reichsrat hielt unter Vorsitz des Ministers Delme eine öffentliche Sitzung ab. Es lag u. a. der Gesetzentwurf über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vor, dem der Ausschuss seine Zustimmung gegeben hatte.

Der Gesetzentwurf bestimmt, daß bei Schleichhandel, vorfablicher Preistreiberei und bei der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und auf Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark erkannt werden kann. Die Erhöhung der Geldstrafe auf 20 000 Mark ist vom Ausschuss beschlossen worden. Nach dem Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen, wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt; wenn er durch Preistreiberei aus Gewinnsucht die wirtschaftliche Notlage des Volkes in besonders verwerflicher Weise ausbeutet; wenn er es unternimmt, Vieh, Lebensmittel oder Futter- und Düngemittel ins Ausland zu verschleppen, es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt; wenn der Täter ganz oder überwiegend von Schleichhandelsgeschäften oder verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Neben den Zuchthausstrafen treten die üblichen Nebenstrafen ein, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Polizeiaufsicht usw. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzugeben. Ausländer können nach Vollstreckung der Strafe ausgewiesen werden. Zuständig sind neben den Strafgerichten auch die Wuchergesichte. Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig zu.

## Das hungernde deutsche Volk.

Andauernde Unterernährung.

Herr Stegerwald, der preußische Minister für Volkswohlfahrt, hat der „Deutschen Kinderhilfe, Volksammlung für das notleidende Kind“ eine Aufklärungsschrift: **Kinder in Not!** gewidmet, in der er auch auf die deutsche Unterernährung u. a. wie folgt zu sprechen kommt:

Die Unterernährung in Deutschland setzte im Frühjahr 1915 mit der Einführung der Brotkarte ein. Die Zuteilung des Brotes in begrenzter Menge war das erste Zeichen, daß die deutschen Lebensmittelquellen nicht mehr unbefchränkt flossen. Mit der Abschließung der Zufuhr von auswärtig war Deutschland lediglich auf seine nicht ausreichende eigene Lebensmittelherzeugung angewiesen. Nach dem Hauptnahrungsmittel, dem Brot, wurden bald das Fleisch und die tierischen Fette rationiert. Der Eisenmangel begann im Volks-

förper sich fühlbar zu machen. Das deutsche Volk trat den Leidensweg der Unterernährung und des Hungers an, der es die Folgen des Hungerödems, dann Rachitis, Tuberkulose, zu dem Golaatha, des Massensterbens führte, das bereits im Jahre 1918 über 763 000 Opfer der Zivilbevölkerung gefordert hatte und sich seitdem fortsetzt in einer langsamen, aber stetigen Zermürbung des Volkskörpers. Die tägliche Mindestmenge an Lebensmitteln für einen durchschnittlich acht Stunden arbeitenden Mann von einem Mittelgewicht von 70 Kilo hat 3300 Kalorien zu enthalten. Im Sommer 1916 kamen in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 1983 Kalorien. Im Winter 1916/17 enthielt die zugeführte Lebensmittelmenge 1344 Kalorien und im Sommer 1917 war sie auf 1100 Kalorien herabgesunken. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung bekam an Lebensmitteln also ein Drittel von dem, was der Körper täglich braucht, um unbedingt leben zu können. Um den fehlenden Lebensmittelbedarf auszugleichen, stürzte sich das Unternehmertum auf die Erzeugung von Ersatzmitteln und auf Fälschungen, Wässerungen der Milch in plumpester Art wurden gang und gäbe. Gewissenlos wurde damit die Gesundheit der Kranken und Säuglinge aufs Spiel gesetzt. Auch Butter und Margarine wurden gewässert, um schwerer zu erscheinen. In Speiseölen traf man Mineralöle, das heißt gänzlich wertlose Kohlenwasserstoffe, an; als Gewürze wurde aromatisierte Schlemmkreide verwendet. In Trinfbranntweinen wurde Methylnalkohol beigefügt, der zahlreiche Erbinderungen und Todesfälle zur Folge hatte. Marmeladefabriken benutzten statt verdünntem und kupfernem Geschirrzinkzink und machten das Fruchtmus dadurch ungenießbar und gesundheitschädlich. Diese unsehbare Zermürbung der Volksgesundheit dauerte nicht Monate, sondern Jahre und ist heute noch nicht an ihrem Ende angelangt. Denn wir kommen mit unserer eigenen Lebensmittelherzeugung jetzt, wo uns wertvolle Agrargebiete wie die Provinz Posen verlorengegangen sind, erst recht nicht aus und sind notwendiger als vorher auf das Ausland angewiesen. Die Gesamterntemenge in Deutschland nach den neuen Grenzen verminderte sich in dem Zeitraum 1913 bis 1919 bei Brotgetreide von 13,3 Millionen Tonnen auf 8,5 Millionen Tonnen, bei Kartoffeln von rund 40,3 Millionen Tonnen auf 21,4 Millionen Tonnen, bei Zuckerrüben von rund 12,9 Millionen Tonnen auf 5,8 Millionen Tonnen. In demselben Zeitraum sank der Bestand an Vieh von rund 18 Millionen auf 16,5 Millionen Stück, die Zahl der Milchkuhe von rund 8,1 auf 7,6 Millionen Stück, die Zahl der Schweine von 18,5 auf 11,5 Millionen Stück. Das heißt also, um nicht weniger als 41 %. Mangel genügender Futtermittel hat das Schlachtgewicht der Rinder, Schweine und Schafe um 50 bis 30 % abgenommen. Aus demselben Grunde ging der Jahresmilchertrag einer Kuh — hier fehlten vor allem die nährstoffhaltigen Futtermittel — von 2700 Liter im Jahre 1913 auf 1200 Liter im Jahre 1919 zurück.

## Deutscher Reichstag.

(30. Sitzung.)

OB. Berlin, 19. November.

Die heutige Sitzung wurde durch den Beschluß des Hauses eröffnet, einen Ausschuss von 14 Mitgliedern für die Kriegsbeschädigtenfürsorge einzusetzen. Alsdann kamen

#### Kurze Anfragen

an die Reihe. Bezeichnend für die bisherige Erledigung dieser Anfragen war es, daß der Präsident Löbe, bevor die Beantwortung der Anfragen begann, einem Wunsche der Presse Ausdruck gab, wonach die Regierungsvertreter ersucht werden, bei der Beantwortung der Anfragen so laut zu sprechen, daß auch die Öffentlichkeit von den Antworten Kenntnis nehmen kann. Unter den heute beantworteten Anfragen befand sich auch die der Abgeordneten Frau Schröder (Soz.), die eine Verfügung verlangte, wonach uneheliche Mutterschaft kein Entlassungsgrund für Beamtinnen und kein Hinderungsgrund für die Einstellung von Beamtinnen sein soll. Staatssekretär Dewald erwiderte darauf, daß eine derartige allgemeine Verfügung nicht in Aussicht gestellt werden kann. Große Beamtinnenverbände ständen auf einem andern Standpunkt als die Fragestellerin. Der Einzelfall werde geprüft werden. Ferner ist die Anfrage der Frau Abg. Dr. Matz (Deutsche Vp.) hervorzuheben, durch die geeignete Maßnahmen zur Behebung der Zuckernot, die in allen Haushaltungen bitter empfunden werde, verlangt werden. Darauf wurde erklärt, zur Hebung des Zuckerrübenanbaues und der Zuckererzeugung ist der Verkehr mit Rüben und Melasse grundsätzlich freigegeben worden. Außerdem ist der Zuckerpriß nach einem derartigen Rübengrundpreis berechnet, daß der Landwirt für seine Erzeugnisse ein hinreichendes Entgelt erhält. Auch für das nächste Jahr soll der Zuckerpriß aus einem Rübenrundpreis von 20 Mark für den Zuckersack

## Die graue Frau

Romane von A. Gottner-Grefe.

(Nachdruck verboten.)

Ganz allmählich war der Kreis um Heinrich Vinstedtichter geworden. Mit scheuen Mienen traten die anwesenden Bediensteten des Hauses Gerhards von ihm zurück. Da war überall noch Zweifel, bei manchem mehr ein jähes Erstaunen oder Erschrecken als Überraschung. Aber doch gab es auch jetzt schon da und dort anlagende Blicke, furchtame, aufs höchst befürzte Gesichter. Frau Angela richtete sich noch immer nicht. Sie hatte den Kopf in die Hände gelegt und schien wie erstorben für alles, was um sie her vorging. Nur die drei Söhne des Verstorbenen blieben in Vinstedts nächster Nähe stehen. Es war beinahe, als wollten sie ihn, den ältesten, treuesten Freund, schützen vor einer Gefahr, welche noch nicht greifbar war, die aber näher und näher rückte.

Mit langlamen Schlägen rief die alte Uhr, die draußen auf dem Korridor hing, die Stunden. Es war zwei Uhr nachts.

Der Kommissar erhob sich, nachdem er einige Sekunden mit den beiden anderen Beamten halblaut gesprochen hatte.

„Wir haben augenblicklich hier nichts mehr zu tun“, sprach er. „Ich werde einige meiner Leute hier lassen, es ist dafür Sorge zu tragen, daß hier in diesem Zimmer alles bis morgen unverändert bleibt. In aller Frühe werden die Untersuchungen und Nachforschungen sowohl hier als im Schlafzimmer Herrn Gerhards fortgesetzt werden. Übrigens meldeten mir die beiden Herren hier, die jetzt schon alles genau durchsuchten, daß keinerlei verdächtige Spuren zu finden seien. Nach den Aussagen aller hiesigen Bediensteten ist es auch kaum anzunehmen, daß ein Fernstehender“, der Beamte betonte das Wort stark, „irgendeinen Anteil hat an dieser dunklen Tat. Meiner Überzeugung nach ist Herr Heinrich Vinstedt, der nachweisbar Zeuge der Tat gewesen sein muß, der einzige, welcher uns Aufklärung zu geben imstande wäre. Ich

frage daher noch einmal: Sind Sie, Herr Vinstedt, gewillt, uns diese Aufklärungen zu geben? Wollen Sie uns offen und ehrlich die Wahrheit sagen?“

Keine Antwort. Der bleiche Mann, der aufrecht inmitten des Zimmers stand, sah unverwandt nach dem stillen Gesicht des toten Freundes. Ein Zucken glitt um seinen Mund. Aber er sprach kein Wort.

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, Herr Vinstedt“, fuhr der Beamte nach einer Pause in kaltem Tone fort, „daß es für Sie selbst am besten sein dürfte, wenn Sie uns die Wahrheit sagen.“

Er wollte weiterreden, aber in diesem Augenblick flog der Sessel, auf dem Angela Gerhards gesessen, zurück, die Frau war aufgesprungen und stand nun, am ganzen Leibe zitternd, dicht neben Vinstedt.

„Sagen Sie die Wahrheit!“ rief sie, fast befehlend.

„Um Gottes Willen! Reden Sie!“

Aber vor dem großen, stillen Blick seiner Augen wich sie langsam Schritt für Schritt zurück.

„Rufen wir das Verfahren“, sprach der Kommissar nachdrücklich. „Sie leben, die Nächstbeteiligten sind kaum noch imstande, diese Situation zu ertragen. Da Sie konsequent schweigen, so bleibt mir nichts anderes übrig, als meiner Pflicht zu genügen: Im Namen des Gesetzes, Heinrich Vinstedt, ich verhafte Sie!“

Mit einem Schrei brach Frau Angela zusammen.

Kurt aber stürzte auf Vinstedt zu: „Dunkel Heinrich, sprich ein Wort! Sage, daß du unschuldig bist! Du mußt es sein! Es ist ja nicht möglich, gar nicht auszu denken! Sprich! Ich beschwöre dich!“

Aber Heinrich Vinstedt sah auch über ihn hinweg, weit ins Leere, dann ging er hastig mit dem Beamten hinaus.

Eine Minute später verhallte sein Schritt unten auf der Treppe.

#### 5. Kapitel. Die Totenwache.

Es ist ein eigen Ding um das Menschenleben. Wochen, Monate, Jahre reihen sich aneinander, eine feste Kette, graben ihre Zeichen in unsere Gesichter. Aber

die Zeichen sind zarte Bleistiftzüge; sie liegen unter der Maske, welche die Möglichkeit uns aufdrückt, fast verborgen. Das ist zu jenen Zeiten, wo das Leben ruhig dahinfließt, ein behäbiges Wächlein, dem man nichts Böses anmerkt. Aber dann kommt, plötzlich und unvermittelt, der Sturm, ein Unwetter und reißt die glatte Larve herab, zeigt uns den Menschen in seiner ureigensten Gestalt. Und jetzt erst werden wir es gewahr: So sind wir, nicht anders. Das übrige war alles nur ein Fittelsanz, den wir uns anlegten, mit dem wir uns aufputzten, das elegante Staatskleid für das eigene, liebe Ich.

Wenn wir in ruhigen Stunden dann wieder die alte Maske anprobieren wollen, so merken wir es gar bald, daß sie nimmer zu uns paßt. Denn wir haben dem Schmerz, dem Leid, dem Unglück ins Auge geschaut und wir sind in wenigen Stunden um Jahre älter geworden. So war es allen denen ergangen, welche im Gerhardschen Hause nun zurückblieben.

Da war die alte Frau Magdalene Gerhards. Sie hatte sich Jahr um Jahr fast unverändert erhalten, hatte ihr eigenes, ruhiges Innenleben geführt, das sie weitab führte von den Wirren und Nöten des Daseins. Sie war eingehüllt gewesen in einen Mantel von Selbstzufriedenheit und Stolz. Und in dieser eiligen Temperatur war ihr Geist frisch geblieben, ihr Wille ungebeugt. Aber als sie nun, nach einem letzten, krampfhaften Aufraffen sich erhob, um, von Dietrich geführt, ihr Zimmer aufzusuchen, als sie sich noch einmal niederbeugte, um den Mund ihres toten Sohnes zu küssen, da fiel auch der letzte Rest der mühsam festgehaltenen Stärke und Ruhe von ihr ab. Sie war jetzt nicht mehr die selbstbewusste Trägerin eines alten, geachteten Namens, sie war nur noch eine sehr schwache, hilflose Frau, die ihren Jammer kaum zu ertragen vermochte. Sie unklammerte, eine Stütze suchend, den Arm des weißhaarigen Dieners, der laut aufschluchzte. Sie gehörten zueinander, die beiden. Und in diesem Augenblick vergaßen sie alle trennenden Schranken, welche durch den Unterschied in Rang und Stand sie einander sonst so fern hielt.

(Fortsetzung folgt.)

**Mittelkino.** Ab Dienstag: Der große Sensationsfilm dieses Jahres:  
**Das Grubengeheimnis.**  
1. und 2. Teil.

rechnet werden. Erwähnung verdient weiter die Anfrage des Abg. Dr. Mumm (Deutschnat. Vp.), wie sich die Reichsregierung zur Verlegung der Reichsverwaltung durch den preussischen Kultusminister durch Einrichtung religionsloser Schulen

stelle. Hierauf erwiderte Staatssekretär Schulz: Die Reichsregierung ist sich darüber einig, daß religionslose Schulen in Preußen solange nicht eingerichtet werden dürfen, als ein entsprechendes Landesgesetz in Preußen nicht erlassen ist. In einzelnen Fällen, wo viele Kinder an dem Religionsunterricht nicht teilnehmen, hat die Regierung die Errichtung religionsloser Schulen genehmigt. Vom Standpunkte der Reichsverwaltung ist dagegen nichts einzuwenden. Auch dagegen nichts, daß Schüler, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen, zu besonderen Schulsystemen vereinigt werden. Endlich ist die Anfrage des Abg. Guttnacht (Deutschnat. Vp.) zu erwähnen, der sich danach erkundigte, welche Arbeitsmöglichkeiten die Reichsregierung für den Winter vorbereitet habe. Darauf wurde erklärt, daß alle Vorkehrungen getroffen seien für die Vergebung von Reparaturarbeiten an staatlichen Gebäuden, besonders an beschäftigungslose Arbeiter getroffen seien.

Nach Erledigung der kurzen Anfragen kam man zu den auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen, von denen die Interpellation der Deutschnationalen über den Berliner Elektrizitätsstreik am Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche, und die der Sozialdemokraten über Kapitalsverschleppungen nach dem Auslande am nächsten Montag beantwortet werden soll. Morgen wird sich der Reichstag unter anderem mit der Interpellation der Sozialdemokraten über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues beschäftigen.

Ein Antrag aller Parteien um Befreiung der für Zeitungen geltenden ermäßigten Postgebührensätze bis zum 31. März 1921 wurde ohne Aussprache einstimmig angenommen. Abschließend ging man zu der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes über, der sich auf den

**Staatsgerichtshof**

bezieht, als dessen Sitz vom Reichsministerium des Innern Leipzig vorgeschlagen wird.

Zuerst sprach der Abg. Dr. Radbruch (Mehrheitsvot.). Er permittierte in dem vorliegenden Entwurf die Möglichkeit zur strafrechtlichen Verfolgung Kriegsschuldiger. Ferner beantragte er die Zusammenlegung des Reichsgerichtshofes. Andere Erfahrungen gelegentlich des Amneistages haben bewiesen, daß die Juristen nicht die fleischgewordene Gerechtigkeit, sondern die Annahme einseitiger Interessen sind. Hier erhob sich lebhafter Widerspruch. Der Staatsgerichtshof, verlangte der Redner, muß sich lediglich aus Mitgliedern des Reichsrates und des Reichstages zusammensetzen.

Der nächste Redner Abg. Graf-Züringgen (deutsch-nat.) sagte: Ich verstehe nicht, wie Herr Dr. Radbruch es mit seinem Beruf als Jurist und Universitätsprofessor vereinbaren kann, so wie hier aufzutreten. Diese Ausführungen gaben den Sozialdemokraten zu lebhaftem Widerspruch Veranlassung, und der Präsident wies den Redner darauf hin, daß es nicht üblich sei, den bürgerlichen Beruf eines Abgeordneten in die Verhandlungen zu ziehen. Der Abg. Graf bemängelte weiter, daß der Reichstag fünf Mitglieder in den Staatsgerichtshof entsenden soll.

Der Abg. Dr. Kahl (Deutsche Vp.) stimmte im Namen seiner Fraktion der Verlegung des Staatsgerichtshofes nach Leipzig bei. Auf keinen Fall, betonte der Redner, zu Gunsten gegendet, darf der Staatsgerichtshof nach Berlin kommen. Berlin mit seinen leichtfertigen Streiks wird bald den Anspruch verliert haben, Reichshauptstadt zu sein.

Der nächste Redner war der Reichsminister des Innern Dr. Koch. Er verteidigte den Entwurf und billigte dabei im wesentlichen die Ausführungen des Abg. Dr. Kahl.

Nach weiteren Ausführungen wurde die erste Lesung der Vorlage beendet und der Entwurf einem Ausschuss überwiesen.

**Arbeiter und Angestellte.**

Berlin. (Drohende Beamtenstreiks.) Eine erreichte Verammlung von etwa 10000 Beamten und Angestellten des Hamburger Staates forderte in einer Entschlüsselung an die Reichsregierung kategorisch mit Rückwirkung vom 1. Oktober ab Erhöhung der Steuerzulagen auf 75 %, Mindeststeuerzulagen von 7000 Mark, Erhöhung der Kinderzulage um 100 %, gleiche Steuerzulagen an Pensionäre und Hinterbliebene, sofortige Verbilligung der Lebensmittel usw. Die ganze Beamtenschaft Deutschlands sei gewillt, zu den stärksten Mitteln zu greifen, um diese Forderungen durchzusetzen. — Die Beamtenschaft im Ruhrbezirk fordert eine sofortige Erhöhung der Steuerzulage von 50 auf 75 %. Da bisher noch keine Einigung über diese Erhöhung erzielt werden konnte, beabsichtigt die gesamte Beamtenschaft, in einigen Tagen in den Ausstand zu treten, falls nicht bis zu diesem Zeitpunkt eine bindende Zusage seitens des Reichsfinanzministers erfolgt ist.

**Die Gefangeneneinschiffung aus Rußland.**

Nansen Bericht in Genf.

Auf der Völkerbundstagung in Genf erstattete der bekannte Forscher Nansen Bericht über das Werk der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen, mit dessen Leitung er im Frühjahr durch den Völkerbund betraut worden war. Es handelte sich um die Heimführung von 250 000 bis 300 000 Kriegsgefangenen aus den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches, von denen sich 40 000 in Ostibirien, 20 000 im Kaukasus und in Turkestan und die Mehrzahl in Südrußland befanden. Nansen schilderte eingehend die großen finanziellen und technischen Hindernisse und teilte mit, daß nicht zuletzt dank der lokalen und energischen Mitarbeit der deutschen Behörden, aber auch dank der Hilfe der Sowjetregierung, es gelungen sei, anstatt der erwarteten 100 000 bereits 180 000 Gefangene heimzuführen. Auf große Schwierigkeiten stöße namentlich die Heimführung der in Ostibirien befindlichen Gefangenen, insbesondere auch darum, weil die in Frage stehenden Regierungen, namentlich auch die Mittelmächte, nicht die nötigen Mittel hätten, um die für die lange Reise notwendigen Schiffe zu liefern. Nansen teilte weiter mit, daß gegenwärtig das Internationale Komitee Nansen auf sein Verlangen

eine Delegation nach Skandinavien entsende, um dort die beste Methode für die Durchführung der Heimführung dieser Unglücklichen zu prüfen. Nansen schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Darlegungen mit der Erklärung, daß die wirklich große Lehre darin liege, daß der Völkerbund in Zukunft die Wiederkehr solcher Katastrophen verhindern, die unvermeidlich für die Menschheit die entsetzlichen Leiden mit sich bringen.

**Politische Rundschau.**  
**Deutsches Reich.**

+ Neue deutsche Note über Eupen-Malmédy. Der Völkerbund hatte bekanntlich die letzte deutsche Note über Eupen und Malmédy, worin die Zuständigkeit des Völkerbundes, über das endgültige Schicksal von Eupen und Malmédy zu entscheiden, verneint wurde, im negativen Sinne beantwortet. Die deutsche Regierung hat daraufhin in einer neuen Note an den Völkerbund ihren juristischen Standpunkt nochmals eingehend dargelegt. Sie hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß über die deutsche Beschwerde nicht der Völkerbundrat, sondern die Völkerbundsversammlung zu entscheiden habe.

+ Die Kohlenlieferung an Frankreich. Zurzeit finden in Paris mit der Wiedergutmachungskommission Verhandlungen über eine anderweitige Regelung des Abtransportes der Reparationslieferungen von Kohle statt. Die Direktoren Quebsen vom Reichskohlenyndikat und Wallmichrath beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung haben sich zu diesem Zwecke nach Paris begeben, der Anlaß der Verhandlungen ist in der überaus ungünstigen Transportlage zu suchen, die durch das Niedrigwasser auf dem Rhein herbeigeführt ist und welche inzwischen auch zu erheblichem Wagenmangel im Ruhrgebiet geführt hat.

+ Die erste Wiedergutmachungskonferenz. Das französische Bureau Navas meldet amtlich: Es verläutet, daß im Laufe des Dezember unter dem Vorsitz von Delacroix eine Konferenz der alliierten Sachverständigen stattfinden wird, um die Wiedergutmachungsfrage zu beraten.

+ Reichsnotopfer und Kriegsanleihe. Bekanntlich werden selbstgezeichnete Kriegsanleihen zu Vorzugskursen für das Reichsnotopfer nur bis zum 31. Dezember d. Js. in Zahlung genommen. Eine Verlängerung dieser Frist lehnt der Reichsfinanzminister strikte ab, da das Reich dringendster Mittel bedarf, um dem Überhandnehmen der schwebenden Schuld zu steuern. Ausnahmen werden nur für Oberschleichen später zugelassen, sobald dort das Notopfer erhoben wird, was bisher noch verboten ist. Die Frage, ob nach dem 1. Januar 1921 bei der Zahlung des Reichsnotopfers noch Vergünstigungen ähnlicher Art stattfinden sollen, hat demnachst der Reichstag zu entscheiden.

+ Die Kosten der Ministerautos. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde mehrfach über kostspielige Autokäufe für einen Minister Klage geführt. Die Autofrage ist nun für alle Reichsministerien gleichmäßig geregelt worden. Die Betriebskosten des Dienstkraftwagens einschließlich der kleinen Instandsetzungen am Wagen und an der Bereifung sind zum 1. Oktober 1920 ab bei allen Ministerien gleichmäßig auf jährlich 50 000 Mark bemessen worden.

+ Die Auseinandersetzung zwischen der Krone und Preußen gilt vorläufig als gescheitert, wenn auch der Rechtsausschuß des Parlaments seine Beratungen fortsetzen will. Bei der Linken herrscht die Tendenz vor, die Vorlage zu verschleppen. Es wird also Sache des neuen Landtages sein, endgültig zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

+ Wie in Preußen gewählt wird. Nach den Beschlüssen des Wahlausschusses der preussischen Landesversammlung, die zweifellos die Billigung des Plenums finden werden, kann als feststehend gelten, daß die Februarwahlen in Preußen nach dem vorläufigen Reichstagswahlrecht vorgenommen werden. Eine grundsätzliche Änderung des Wahlsystems erfolgt also nicht. Die anderweitigen Pläne des preussischen Innenministers haben keine Mehrheit gefunden. Auch die Wahlkreise bleiben erhalten. Nur in Groß-Berlin wird eine zweideutige Zusammenlegung erfolgen. Die Berechnung der Reststimmen erfolgt ebenfalls in derselben Art wie im Juni 1920. Entsprechend der Reichsliste ist die Landesliste das Sammelbeden der nicht ausgerechneten Stimmen.

+ Das erste Volksbegehren in Deutschland. Nachdem die erforderliche Zahl von Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens für Gemeindevorwahlen in Wünnen zusammengestellt ist, ist als Termin für das Volksbegehren der 12. Dezember angelegt worden. Wenn die erforderliche Zahl von 200 000 Stimmen erreicht ist, so kommt als Wahltag der 16. Januar 1921 in Betracht. Damit tritt zum ersten Male die in den neuen deutschen Verfassungen vorgesehene Einrichtung des Volksbegehrens praktisch in die Erscheinung.

+ Flurschutzverbände in Anhalt. Nachdem der Forderung der Verbandsmächte entsprechend die Einwohnerwehren auch in Anhalt aufgelöst sind, veröffentlicht der Staatsrat von Anhalt eine Verordnung, die den Bewohnern Anhalts gestattet, zum Schutz des Lebens und Eigentums der Einwohner sich zu Heim- und Flurschutzverbänden zusammenzuschließen. Die Bildung der Verbände erfolgt ohne Mitwirkung der Behörden. Alle Schächten der Woodstörung sind zugelassen. Jede parteipolitische Betätigung ist auszuschließen. Als Waffen sind nur solche zulässig, die nicht als Militärwaffen anzusehen sind. Eine Entschädigung findet nicht statt.

+ Abzug der Ententetruppen aus Danzig. Der Reichsminister hat beschlossen, daß die französischen und die britischen Truppen binnen kurzem Danzig zu verlassen haben. Ein englisch-französisch-italienischer Ausschuss wird ernannt werden, um die Verteilung der deutschen Handelswaren zwischen Danzig und Polen gemäß dem Friedensvertrag durchzuführen.

**Deutsch-Osterreich.**

+ Entente und Scheibenschießen in Tirol. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Interalliierte Heereskontrollkommission kürzlich dem Bundesministerium für Aufrüstung mitteilte, daß die technische Form des in Innsbruck beginnenden Scheibenschießens in gewissem Widerspruch zu Artikel 138 des Friedensvertrages von St. Germain stehe. Das Ministerium des Äußeren hat daraufhin die zuständigen Stellen ermahnt, das Schützenfest womöglich seines offiziellen Charakters zu entkleiden. In diesem Sinne erging auch eine Antwort an die Kontrollkommission. Die Interalliierte Kommission hat darauf geantwortet, daß nach der Sachlage kein Grund

**Mittelkino.** Ab Dienstag: Der große Sensationsfilm dieses Jahres:  
**Das Grubengeheimnis.**  
1. und 2. Teil.

vornege, die Aufgabe der Veterinäre zu fordern, daß sie aber hoffe, die Zentralregierung werde die Landesregierungen von Tirol und Vorarlberg auf die Bestimmungen des Friedensvertrages aufmerksam machen. Im übrigen versuchen die Eisenbahner die Veranstaltung durch einen Streik zumstillen zu machen.

**Ortsnachrichten.**

Laurahütte-Siemianowitz

Lebensmittel in Siemianowitz. 100 Gr. Schmalz gelangen in Siemianowitz in den Fleischgeschäften auf Lebensmittelkarte Nr. 418 zum Preise von 20,50 Mark je Pfund zum Verkauf. In den Kaufgeschäften gelangen nach Eingang die bereits angelegten 300 Gramm ausländisches, fettes Weizenmehl auf Nr. 417 sowie weitere 300 Gramm auf Nr. 419 zum Preise von 5 Mark je Pfund zur Ausgabe. Die gleichen Abschlässe der Karte berechnen gleichzeitig zum Empfang von 250 Gramm Weizenkleie zum Preise von 1,90 Mark je Pfund. Polener Mehl ist bis jetzt nicht eingetroffen. Lungentränke können auf Abschnitt Nummer 3 der Ausweisliste 150 Gramm Butter zum Preise von 18,10 Mk je Pfund und 250 Gr. Grieb zum Preise von 1,90 Mk. je Pfd. erwerben. Für die sonstigen Kranken stehen in der nächsten Woche Weizenkleie zum Preise von 1,90 Mk. je Pfd. und Haferkoden zum Preise von 1,40 Mk. je Pfd. in loser und 2,10 Mk. je Pfund in Beutelpackung in den beiden Geschäften zur Verfügung. Zwieback kostet nunmehr 3,75 Mk. je 675 Gr. auf die halbe Brotkarte.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten findet in Laurahütte am Mittwoch und Donnerstag in der bisherigen Reihenfolge statt.

Volkschule. Heute fällt die Vorlesung in Mathematik (6—7 1/2) aus, sie wird dafür Donnerstag von 7—8 Uhr gehalten.

Die Lohnforderungen der weiterverarbeitenden Metallindustrie. Am Sonnabend, den 20. d. Mts. fand in Rationitz zwischen der Vereinigung der weiterverarbeitenden Metallindustrie und den Organisationsvertretern der Arbeitnehmerorganisationen eine Verhandlung über die Lohnforderung der Arbeitnehmerorganisationen statt. Von Seiten der Arbeitnehmer wurde hierbei die Forderung gestellt, daß die Vereinigung der weiterverarbeitenden Metallindustrie die gleiche Zulage ab 1. Oktober d. Jt. für die Arbeiter gewähren soll, wie sie der Arbeitgeberverband der Ober- und Mittelsindustrie bereits bewilligt hat. In dieser Zulage ist 1. ein Hausstandsgeld in Höhe von 3 Mark für die Ehepartnerin, 2. ein Kindergeld in Höhe von 1 Mark je Kind und Arbeitstag, 3. eine Schichtzulage von 2 Mark für Arbeiter von 21 Jahren und darüber und von 0,80 Mark für Arbeiter unter 21 Jahren vorgesehen. Die Vertreter der Vereinigung der weiterverarbeitenden Metallindustrie gaben die Erklärung ab, daß die Firmen, die in der Vereinigung zusammengeschlossen sind rückwirkende Zahlungen nicht tragen können. Es soll zugestanden werden, daß die Zulagen in der gleichen Höhe wie in der Großindustrie ab 1. November d. Jt. gezahlt werden, welche Zugeständnisse können nicht zugestimmt werden. Von Arbeitnehmersseite wurde die Forderung aufrechterhalten, daß die Zulagen in der vorstehenden Höhe ab 1. Oktober gewährt werden sollen. Da eine Einigung über diese Frage nicht erzielt werden konnte, wollen die Organisationsvertreter einen Schlichtungsausschuß zur Entscheidung herüber anrufen. In der gleichen Sitzung wurde von den Organisationsvertretern auch wieder die Forderung auf Kohlergelder erhoben. Die Organisationsvertreter verlangten eine zehnprozentige Lohnzulage hierfür. Von Seiten der Vereinigung wurde hierzu erklärt, daß die Werke der Vereinigung nicht in der Lage wären, Deputatkosten oder Ersatz in Geld zu geben. Da auch hierüber keine Einigung erzielt wurde, wollen die Organisationsvertreter der Arbeitnehmerorganisationen einen Schlichtungsausschuß auch hierüber um Entscheidung anrufen.

Erhöhte Passgebühren. Das polnische Generalkonsulat in Oppeln gibt bekannt, daß die Passgebühren vom 15. d. Mts. ab um 100 Prozent erhöht worden sind. Danach kostet die Ausstellung eines Passes nach Polen 50 Mark deutscher Währung, das Visum 30 Mark.

Ein 72-jähriger Greis erschossen. Am Sonnabend, den 20. d. Mts., etwa gegen 11 Uhr abends, fand 3 maskierte, mit Revolvern bewaffnete Männer in die Wohnung des Straßenbäckers Franz Kuppy in Michalkowitz, Schulstraße 2, eingebrochen. In polnisch-österreichischer Mundart fragten sie den 72-jährigen K., wo er sein Geld habe, worauf dieser erwiderte, daß sie sich aus der Wohnung scheren sollten. Ohne weiter auf die Herausgabe von Geld zu bestehen, gab einer der Männer sofort zwei Revolvergeschosse auf K. ab, die den Tod des alten Mannes auf der Stelle herbeiführten. In nächster Nähe des K. fanden seine erwachsene Tochter und ein 23-jähriger Sohn, auf die nicht geschossen wurde. Ohne auch jetzt Geld oder dergleichen zu verlangen, verließen die Banditen nachartig die Wohnung,

Druck, Verlag und verantwortliche Schriftleitung  
Wolff Schneemann, Laurahütte-Siemianowitz.

**Mittelkino.** Ab Dienstag: Der große Sensationsfilm dieses Jahres:  
**Das Grubengeheimnis.**  
1. und 2. Teil.

**Mittelkino.** Ab Dienstag: Der große Sensationsfilm dieses Jahres:  
**Das Grubengeheimnis.**  
1. und 2. Teil.

obgleich sie weder von außen gestört, noch in der Wohnung von den Familienangehörigen bedrängt wurden. Wenn es den Mördern um einen Raub zu tun gewesen wäre, so hätten sie die beste Gelegenheit gehabt, u. a. auch die wertvollen Pferde und anderes Vieh zu nehmen, zumal das Gehöft abseits gelegen ist. Es ist deshalb anzunehmen, daß politische Gründe den Anlaß zu dieser verwerflichen Tat gegeben haben. Kupny, der stets sein Deutschtum offen bekannte, war bereits im August d. Js. einem Anschlag ausgesetzt. Am 2. August 4 Uhr früh wurde in sein Gehöft eine aus einer Konservendbüchse gefertigte Bombe geschleudert, die aber nicht richtig geworfen wurde und daher nur geringen Schaden verursachte.

Die Täter werden wie folgt beschrieben: der eine war mittelgroß, untersetzt und trug weißgrünen Ullster, die beiden anderen, die mehr als Begleiter auftraten, waren klein und kaum 17 Jahre alt. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Ueberfall auf die Zollbude Baingow — Gzeladz. Sonntag früh gegen 3 Uhr drangen etwa 10 mit Gewehren bewaffnete, maskierte Männer in die Zollbude Baingow-Gzeladz ein. Sie schloßen einen Beamten gefesselt zu haben, denn als sie den dienhabenden Beamten erblickten, sagten sie verlegen: das ist er nicht. Der Beamten führten sie dann aus der Zollbude heraus in der Richtung nach dem Dienhof. Bald darauf wurde die Zollbude in die Luft gesprengt und brannte ab. Der Beamte wurde dann entlassen. Als er kurz nachher vor den dort stationierten Franzosen Unterschutzung verlangte, wurde ihm dies abgelehnt.

3 Uhr im Vereinslokal Balkert seine Mitglieder-Versammlung ab, wozu die Mitglieder um zahlreiches Erscheinen gebeten werden.

Gestohlen wurden in gestriger Nacht aus dem Schlafhaus, Clausnitzerstraße 4 Schweine, Gänse und Hühner. Die Schweine sind Eigentum der Bergverwaltung. Das G. Kugel gehört dem Schlafhausverwalter.

3 Damenmäntel, die aus einem Diebstahl herrühren, sind von der hiesigen Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Die Eigentümer wollen sich im Kriminalbüro, Richterstraße 40, melden.

Oberbürgermeister Bernert f. In Ratibor ist am Sonntag mittag kurz nach Vollendung seines 70. Lebensjahres Oberbürgermeister Bernert gestorben. Am 16. d. Mts. waren es 85 Jahre her, seitdem er zum ersten Bürgermeister von Ratibor gewählt worden war. Am 17. November 1850 in Grottkau geboren, besuchte er das Gymnasium in Neiße und in Breslau. 1870 trat er als Primaner freiwillig in das frühere Garde Grenadier Regiment Königin Elisabeth ein und machte bei ihm den Feldzug mit. Nach bestandener Offiziersprüfung trat er als Hilfsarbeiter bei der Provinzialverwaltung in Breslau ein. Im September 1885 erfolgte seine Wahl zum ersten Bürgermeister von Ratibor und am 16. November seine Einführung. Sein Sohn zählte im Kriege mit zu den erfolgreichsten Fliegerhelden.

Ein Kinderwäscheschrank bzw. Bücherschrank zu verkaufen. Michalkowitzerstr. 9.

Plakate fertigt Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung.



Vom 19. bis 22. November:

läuft

das große Weltstadtprogramm

mit der

neuesten Filmschöpfung.

Uraufführung für Oberschlesien.

Der Teufel in Berlin.

Ein Höllensput auf dem Kurfürstendamm

in 6 Riefenakten.

Filmlänge 3000 Meter.

Was dieser Film an Kunst und Handlung bietet, beweisen die Namen der bedeutendsten Künstler und Künstlerinnen, die man für dieses Filmwerk erworben hat.

Rita Nielsen

Erna Morena

Rosa Valetti

Conrad Veidt

Theodor Loos

Rudolf Forster

Henri Sze

Regie vom Verfasser

Richard Osswald.

Als 2. Schlager:

Das große Detektivabenteuer in 6 Akten

Der Kurier von Lissabon

Detektiv Perry hat in dieser Handlung keine leichte Aufgabe, ein äußerst komplizierter Fall, worüber wir hier nichts verraten wollen, zwingt ihn große Gefahren zu überstehen, denn mit einer raffinierten Verbrecherbande, die auch in der Gesellschaft eine Rolle spielt, muß er sein ganzes Können daran setzen sich aus mancher gefährlichen Situation erst selbst befreien, bis es ihm endlich gelingt, die Mordbrüder hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Lustspieleinlagen nach Bedarf.

Dieses Programm ist ein Kunstgenuss 1. Ranges.

Für die uns aus Anlass unserer

Vermählungsfeier

dargebrachten Glückwünsche, Geschenke und Aufmerksamkeiten sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

Laurahütte, im November 1920.

Wilhelm Baron und Frau Sophie geb. Schwierzok.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die schönen Kranzspenden anlässlich der Beerdigung meiner innig geliebten Frau

Marie Becher

geb. Biskupek

sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, den Mitgliedern des Rosenkranzvereins, dem Ceciliaverein für den schönen Gesang und den Einwohnern des Hauses meinen herzlichsten Dank. Ein herzliches „Gott vergelt's“ Herrn Kaplan Oasyra für die trostreichen Worte am Grabe.

Laurahütte, den 22. November 1920.

Johann Becher.

Der werten Kundschaft hiermit zur Kenntnis, das ich infolge der Teuerung die Sätze für Putzen und Reinigen der Schaufenster um

100 Prozent

erhöhe.

Glasreinigungsinstitut, Franz Kiolbassa.

Verein selbständiger Kanfleute

Siemianowitz-Laurahütte E. V.

Montag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr im Vereinslokal Balkert

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Anträge.

Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorstand.

100 Gr. Schmalz

gelangen morgen, Dienstag in Laurahütte auf Lebensmittelkarte Nr. 135, in Siemianowitz auf Lebensmittelkarte Nr. 418, in Georgehütte auf Feitzkarte Nr. 12 sowie in Michalkowitz, Wittlow, Balmow und Gzeladz zum Verkauf. Der Preis beträgt 20,50 Mark für ein Pfund. Das Schmalz ist in dem Fleischgeschäft zu entnehmen, in dem der Käufer als Kunde eingetragen ist.

Der Vorstand der freien Fleischer- und Wurstmacher-Innung.

Laurahütte-Siemianowitz, Stanko, Obermeister.

Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!

Große Verkaufs-Ausstellung!

Stoffe, Pelzwaren, Anzüge und Ullster

am Dienstag, d. 23. bis einschl. Donnerstag, d. 26. d. Mts.

im Promenaden-Restaurant Herrn Hönisch

Laurahütte, Schloßstraße.

Wir verkaufen um einen dauernden Kundenkreis zu erwerben zu fabelhaft billigen Preisen. Geld sparen will, der muß auf Vorrat kaufen, denn Stoffe steigen im Preise von Tag zu Tag. den bei mir gekauften Stoffen werden auf Wunsch Anzüge nach Maß angefertigt.

Für Verarbeitung und tadellosen Sitz vollste Garantie. Verkaufszeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Ostdeutsches Tuchlager.

B. Pawletta & Co., Königshütte O.-S.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten findet Mittwoch, den 24. und Donnerstag, den 25. d. Mts., vorm von 8 1/2 bis 1 Uhr in der bisherigen Reihenfolge an die Haus- bzw. Wirtshausmirtel statt. Auf die pünktliche Abholung wird besonders hingewiesen.

Die nicht rechtzeitig abgeholtten Karten werden an anderen Tagen nur gegen Entrichtung von 20 Pfg. je Grundstück verabsolgt.

Ferner gelangt Dienstag in sämtlichen Fleischgeschäften

100 Gramm Schmalz

zum Preise von 20,50 M. auf Lebensmittelkartenabschnitte Nr. 135 für vergangene und diese Woche zur Ausgabe. Die Reichsstelle für Speisefette teilt uns gleichzeitig mit, daß vom 1. Dezember d. Js. ab regelmäßige Schmalzzuteilungen nicht mehr erfolgen. Die Bevölkerung muß vom 1. Dezember ab den Bedarf an Schmalz im freien Handel decken.

Laurahütte, den 22. November 1920.

Der Gemeindevorstand

Katholische Pfarrkirche Siemianowitz.

Dienstag, den 23. November. 6 Uhr hl. Messe auf die Intention Rabos, Karloschka (Segen). 2. hl. Messe für das Brautpaar Fols und Kowoll (Segen). 3. hl. Messe für das Brautpaar Noschla und Alker (Auss.). 4. Requ. mit Cond. für Helene und Genesefa Racynski. 9 Uhr Begräbnis der Frau Auguste Koch

Katholische Pfarrkirche Laurahütte.

Dienstag, den 23. November. 6 Uhr hl. Messe für Lebende und Verstorbene aus den Familien Arsenius und Drobik (Segen). 1/2 7 Uhr Requ. für + Franziska und Cyprian Michna. 7 Uhr hl. Messe mit Segen für das Brautpaar Kierschstein Schneider.

Evangelische Kirchgemeinde

Dienstag, den 23. November. 7 1/2 Uhr Jungfrauenverein

Für unsere Geschäftsstelle suchen wir zum sofortigen Eintritt eine gewandte, ehrliche, zuverlässige

weibliche Kraft

mit guter Handschrift, Kenntnis der Stenographie erforderlich.

Meldungen schriftlich mit Zeugnisabschriften an

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung.

Nohproduktienhandlg.

Sozech & Co.

Laurahütte, Wandastr. 54. Lagerstätte vormals Schüttenberg Holzhandlung.

Filiale Biskupitz, Hindenburgstr. 80. Kaufen große u. kleine Posten von

Alteisen, Bruchmetallen

usw. sowie Papier

in Ballen gepackt. Röhren jetzt erhöhte Preise.

Frische Bücklinge und Bratheringe

für Wiederverkäufer empfiehlt

Hermann Reichmann, Tetschstraße 10.

Zu verkaufen eine sehr gute

lederne braune Aktentasche.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

2 gold. Damenuhren,

1 guttauh Anzug

mit gestreifter Hose,

ein blaues Damenkleid

und ein dunkelblauer Damenmantel

billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Hochzeits-Getränke

kaufen Sie am vorteilhaftesten bei

Willy Reichmann,

Dampf-Destillation und Weinhandlung.